

Studentische Gedanken zur geplanten Fakultätsneugliederung

Informationspolitik des Rektorats

Die bisherige Informationspolitik des Rektorats ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, die Mitteilungen des Rektorats über so grundlegende Einschnitte in die Strukturen und Organisation der Universität sind zu kurzfristig erfolgt. Ohne eine detaillierte Begründung warum und mit welchem Zweck eine Fakultätsneugliederung sinnvoll und notwendig ist, kann eine breite Diskussion derzeit nicht geführt werden. Auch ist die Informationspolitik des Rektorats nicht nachzuvollziehen und in weiten Teilen nur unvollständig erfolgt. Entscheidungen darüber, welche Gremien in den Diskussionsprozess einbezogen werden, erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt willkürlich, sowie generell nicht von einem ergebnisoffenen Diskussionsprozess gesprochen werden kann. Hier gilt es Gremien zu informieren und den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern an den Fakultäten Rede und Antwort zu stehen. Die Entscheidungs- und Meinungsfindung an der Universität muss sich von unten nach oben vollziehen. Insoweit muss der angestoßene Prozess vom Kopf auf die Füße gestellt werden und die Meinungs- und Prozessherrschaft vom Rektorat mindestens in den Senat bzw. die Strukturkommission und bestenfalls in die Fakultätsräte verlegt werden. Für uns ist nicht ersichtlich, woher der Zeitdruck kommt, den das Rektorat im Rahmen der Fakultätsneugliederung aufbaut. Auch vermischen wir einen Zeitplan in dessen Rahmen ein universitätsoffener Diskussionsprozess geführt werden kann. Über das weitere Vorgehen muss breit und offen informiert werden und Diskussionen zugelassen werden.

Campus der Zukunft

Im Rahmen der baulichen Neuordnung des Universitätscampus wurde das Projekt Campus der Zukunft oder Campus 2020 gestartet. Hierbei wurden unter den derzeitigen organisatorischen Strukturen geplant, sodass vielfach Entwürfe wie sie jetzt im Rahmen des städtebaulichen Ideenwettbewerbs vorgelegt wurden ad absurdum geführt werden. Denn hat man dort für 14 Fakultäten geplant, so stellt sich die Situation bei der Zusammenlegung von Fakultäten anders dar und auch die Pläne bedürfen ein Monat nach ihrer Erarbeitung wieder eine grundlegenden Revision. Hier wird deutlich, dass es an einem Masterplan für die Entwicklung der Universität fehlt und das man erst über Infrastruktur spricht und im Nachgang versucht Strukturen und Organisationen an der Uni zu verändern. Dieses Vorgehen ist nicht nur unsinnig sondern auch unnötig. Wir wollen ergebnisorientiert arbeiten und diskutieren, dafür muss aber erst Klarheit über Inhalte und Strukturen geschaffen werden und im Nachgang über Bauprojekte und Infrastrukturen diskutiert werden. Auch wenn jetzt oft von einem „Window of Opportunity“ gesprochen wird, so fehlt es an einer substantiierten Darlegung, woher der Zeitdruck kommt den sich das Rektorat beruft bzw. den es zur Begründung seines Vorgehens heranzieht.

Strukturfragen

Viele der Fragen, die sich im Zuge einer Fakultätsneugliederung stellen, müssen für uns im Vorfeld geklärt werden. Eine ähnliche Entwicklung wie sie im Rahmen des Bolognaprozesses auf dem Rücken der Studierenden erfolgte, darf sich nicht wiederholen, deshalb muss hier im Vorfeld Klarheit geschaffen werden.

Dies beginnt zum einen bei der Frage, wie die Gelder innerhalb der neuen Fakultät verteilt werden? Welche Gremien sollen eingerichtet werden bzw. wie werden diese strukturiert? Wie groß werden die Gremien ausgestaltet?

Ferner stellen sich Fragen der Organisation der Departments. Soll es unterhalb eines solchen Strukturen, Abteilungen, Seminare, Institute geben und in wie weit wird eine weitere Zentrenbildung vom Rektorat verfolgt? Welche organisatorischen und strukturellen Ebenen und Einheiten, die bisher bestehen, sollen zukünftig ersatzlos wegfallen bzw. wie und in welcher Form wird ein Fortbestand gewährleistet? Was passiert mit den freiwerdenden Stellen und der Infrastruktur etc. der Fakultäten, sollen diese in fakultäts- oder

departementweite Pools zusammengelegt werden, oder fallen diese ersatzlos weg? Inwieweit wird das Instrument von hauptamtlichen Dekanen in den neuen Strukturen eine Einbindung finden bzw. sollten diese eingerichtet werden, inwieweit gibt es derzeit geeignetes Personal, das insbesondere im Bereich des Wissenschaftsmanagement ausgebildet ist?

Mitbestimmung

Auch Fragen der Mitbestimmung stehen für uns im Rahmen der Fakultätsneugliederung noch aus und müssen im Vorfeld geklärt werden. Gerade die Anzahl der Vertreter in den Fakultäts- bzw. Departementgremien muss im Vorfeld geklärt werden. Der Große Fakultätsrat kann in seiner jetzigen Form keinen Bestand mehr haben, denn wenn sich im Extremfall 123 Professoren, 6 Vertreter des Mittelbaus und 6 Vertreter der Studierenden gegenüber stehen, so wird Mitwirkung und Mitbestimmung, faktisch außer Kraft gesetzt. Auch muss endlich eine Regelung der studentischen Vertretung in den bestehenden bzw. neu zu gründenden Zentren sichergestellt werden. Fragen der Zusammenlegung von Fachschaften stellen sich für uns ebenso wie Fragen, wie viele Fachschaften es zukünftig geben wird. Zwar wollen wir daran nicht unsere Kritik aufbauen, damit wird aber deutlich, dass detaillierte Fragen im Vorfeld geklärt werden müssen und diese Klärung bisher ausblieb. Es scheint auch im Moment nicht so, als hätte das Rektorat auf diese Fragen bereits Antworten.

Forderungen

Die Chancen, die eine Fakultätsneugliederung mit sich bringt, müssen aus unserer Sicht auch sinnvoll und intelligent umgesetzt werden. Aus studentischer Sicht ergeben sich eine – keineswegs abgeschlossene - Reihe von Forderungen an die neuen „Großfakultäten“.

- Die Betreuung der Studierenden muss sich durch die Zusammenlegung der Fakultäten verbessern. Die Reduktion an Verwaltungsstrukturen muss in studentische Belange (Prüfungsamt, Beratungsangebote etc.) investiert werden.
- Die Einrichtung eines Sekretariats für Angelegenheiten von Lehramtsstudenten ist in diesem Sinne eine sinnvolle Neuschaffung.
- Studienpläne müssen besser koordiniert werden, um ein reibungsfreies Studium zu ermöglichen. Insbesondere einheitliche Stundenpläne in vertikaler oder horizontaler Form wären sinnvoll um die Zahl von Überschneidungen von Lehrveranstaltungen zu vermindern.
- Die Betreuer von Studierenden eines Faches müssen weiterhin in dem jeweiligen Fach beheimatet sein.
- Strukturen einzelner Fächer müssen auch in den Großfakultäten berücksichtigt werden. Dazu gehören Unterschiede in den Abschlüssen (BA/MA, Staatsexamen) oder gewachsene Strukturen an den momentanen Fakultäten (Institute, Zentren).
- Die Studiendekane und Studienkommissionen leisten derzeit in den einzelnen Fachbereichen wichtige Arbeit. Durch Zusammenlegungen dürfen diese nicht in ihrer Zahl vermindert werden bzw. sie müssen in vergleichbarer Form erhalten bleiben.
- Deputatsstunden, die durch die Verminderung an Dekanatspositionen zusätzlich zur Verfügung stehen, müssen dem Lehrangebot zugute kommen.

Weiteres Vorgehen

Für uns ist eine universitätsweite und ergebnisoffene Diskussion und eine Kommunikation in und mit den Gremien Voraussetzung für das Gelingen der Neuausrichtung der Universität Tübingen. Dass die Universität in ihren derzeitigen Strukturen Reformen nötig hat, erkennen wir an, dennoch dürfen Entscheidungen nicht auf dem Rücken der Betroffenen ohne deren Mitsprache gefällt werden.